

"Ende des Traums von einer Einigung mit Stalin" in Le Monde (22. Juli 1985)

Legende: Die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 ist von den ersten Spannungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten geprägt, vor allem während der Verhandlungen über die Besetzung des besiegten Deutschlands.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Fontaine, André. 21.-22.07.1985, n° 12 589; 42e année. Paris: Le Monde. "La fin du rêve d'une entente avec Staline", auteur:Laloy, Jean , p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ende_des_traums_von_einer_einigung_mit_stalin_in_le_monde_22_juli_1985-de-b0973ca6-993f-4504-98bf-e22dfoa0318f.html



Publication date: 06/07/2016

Das Ende des Traums von einer Einigung mit Stalin

Nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945 gaben Roosevelt und Churchill die Hoffnung nicht auf, mit ihrem schwierigen Partner zu einer Einigung zu gelangen. Im Juli, nach sechzehn Tagen langer Verhandlungen in Potsdam, blieb jedoch nicht mehr viel von diesem Hoffnungsschimmer übrig. Die Verhandlungen waren schwierig gewesen, das Ergebnis wenig zufrieden stellend. Da der Feind nun besiegt war, hatte die Allianz ihren Sinn verloren. Zudem sah der Frieden in Europa nicht wie ein wahrer Frieden aus.

„Was mich am meisten beunruhigt, schrieb William Averell Harriman, Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau, vor einigen Monaten, ist Folgendes: Wenn ein Land beginnt, seinen Einflussbereich mit dem Verweis auf seine Sicherheit mit Gewalt über seine Grenzen hinaus auszudehnen, dann fällt es schwer zu sehen, wie man ihm Einhalt gebieten könnte. Wenn man der Sowjetunion das Recht einräumt, zur Gewährleistung ihrer Sicherheit in ihre unmittelbaren Nachbarländer einzufallen, gibt es keinen Grund, warum sie zum gegebenen Zeitpunkt nicht auch beim nächsten Nachbarn einfallen sollte. Wo findet diese Expansion ein Ende?“

Das Frühjahr des Sieges ist für Churchill gleichzeitig das Frühjahr großer Sorgen. Die Art und Weise, wie Polen, Verbündeter der UdSSR, zwischen den Konferenzen von Jalta und Potsdam gezwungen ist, sich den Forderungen seines Befreiers zu beugen, stellt für Churchill eine Prüfung dar. Er besteht so bald wie möglich auf einem Treffen zu dritt, aber Truman benötigt etwas Zeit; was Stalin angeht, hat er es nicht eilig.

„Es ist keineswegs beruhigend, schreibt Churchill am 29. April 1945 an Stalin, wenn man sich eine Zukunft vorstellt, in der Sie auf der einen Seite stehen, zusammen mit den Ländern, die Sie beherrschen sowie den Kommunistischen Parteien vieler weiterer Länder, und auf der anderen Seite die um die englischsprachigen Länder versammelten Nationen, deren Verbündete und Dominions! Dieser Konflikt würde die Welt zugrunde richten, und all diejenigen unter uns, die auf der einen oder anderen Seite ein Stück Verantwortung trügen, müssten sich vor der Geschichte schämen.“

Stalins Antwort vom 5. Mai ist schroff:

„Ich muss Ihnen offen sagen, schreibt er abschließend, dass Ihre Haltung die Möglichkeit einer Einigung über Polen ausschließt.“

In den Vereinigten Staaten hat Truman soeben die Nachfolge Roosevelts angetreten. Er tastet sich nur zögerlich, Schritt für Schritt, an seine Aufgaben heran. Auf Anraten einiger seiner Berater sollten die Vereinigten Staaten es vermeiden, dem alten britischen Imperialismus blindlings zu folgen. Warum sollte es über die anglo-amerikanische Freundschaft hinaus nicht auch eine wirkliche sowjetisch-amerikanische Achse geben? Wie bereits vor der Konferenz von Jalta wird jede engere Abstimmung mit den Engländern vermieden, um nicht das Misstrauen des dritten Partners zu wecken.

Vollendete Tatsachen in Polen

Über die Art und Weise, wie sich die UdSSR auf die Verhandlungen vorbereitet hat, liegen uns keine schriftlichen Informationen vor. Aber sie handelt. Polen wird immer häufiger vor „vollendete Tatsachen“ gestellt. Im März: Übergabe der östlich der Oder und der Neiße gelegenen deutschen Gebiete an die polnische Regierung; am 11. April: zwanzigjähriges militärisches Bündnis mit der Regierung in Warschau, zu deren Umgestaltung man sich in Jalta verpflichtet hatte, die aber im Juni nur der Form halber erfolgen wird; Ende März: Festnahme von sechzehn Anführern der nationalen polnischen Widerstandsbewegung, die nach Moskau überführt und dort im Juni verurteilt werden etc. In Berlin, wo Marschall Shukow bis zur Einsetzung des Kontrollrats Ende Juli die Kommandogewalt ausübt, werden vier große deutsche Parteien zugelassen und umgehend gegründet, außerdem verschiedene Massenorganisationen. Wie Walter Ulbricht sagt: *„Alles muss einen demokratischen Anschein haben. Aber alles muss von uns kontrolliert werden“*, das heißt, von der Kommunistischen Partei, die gerade im Wiederaufbau begriffen ist.

Wird Deutschland der „nächste Nachbar“ sein, von dem Harriman sprach?

So weit ist es noch nicht gekommen. Aber der Ton ist rauer als in Teheran und Jalta. Es geht vor allem um Deutschland und die von der UdSSR „befreiten“ Länder. Für Deutschland haben die Diplomaten ein recht allgemein gehaltenes und hauptsächlich negatives Programm vorbereitet (Demilitarisierung, Entnazifizierung und schließlich Demokratisierung). Die Länder Osteuropas haben ebenfalls berechtigte Gründe zu Klagen.

Die Reparationenfrage

Aber es gibt noch andere Themen zu besprechen, so den Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan, die Explosion der Atombombe in Los Alamos, die von Präsident Truman erfolglos vorgeschlagene Internationalisierung des Rheins und der Donau. Die Sowjets indessen legen ihre Haltung bezüglich der Türkei, der Meerengen und des Nahen Ostens dar und fordern die Treuhandschaft für Tripolitaniens sowie eine von den vier Siegermächten ausgeübte Kontrolle über das Ruhrgebiet.

Die Engländer und Amerikaner protestieren gegen die in Bulgarien, Rumänien, Ungarn und selbst in Österreich eingesetzten Regierungen (und verweigern ihre Anerkennung). Die Sowjetunion antwortet darauf mit Memoranden über die Situation in Griechenland. Die Hauptbemühungen der UdSSR konzentrieren sich auf Deutschland, insbesondere auf die Reparationenfrage, die seit Jalta in der Schwebe hängt. Einerseits wird für die befreiten Länder ein bestimmter Grad an Freiheit gefordert, andererseits für die besetzten Länder, insbesondere die UdSSR, ein bestimmter Betrag an Reparationen.

Im Mittelpunkt der Gespräche steht Polen: Nicht nur die Freiheit ist dort ungewiss, sondern durch das unilaterale Handeln der UdSSR hat Polen etwa 20 % der Fläche des Vorkriegsdeutschlands dazu gewonnen. Diese territoriale Verschiebung hat unweigerlich Auswirkungen auf die Frage der Reparationen. Wie kann einer der Besatzer ohne die Zustimmung der anderen über ein Territorium verfügen, das ihm nicht gehört? Darauf antwortet Stalin: „*Wir sind durch diese Entscheidung nicht gebunden.*“ Zwei Wochen lang wird auf diese Weise diskutiert, ohne dass es zu einem Ergebnis kommt. Am Rande dieser Debatten geben die Pläne der Sowjets bezüglich des Fernen Ostens, jedoch vor allem bezüglich der Meerengen der Türkei, des Mittelmeers und der Kontrolle über das Ruhrgebiet Anlass zum Nachdenken. Anstelle eines auf Stabilität gegründeten Friedens und der Rückkehr zum normalen Leben zeichnet sich ein Programm der Machtausdehnung, um nicht zu sagen der Expansion, ab.

Trumans Außenminister James Byrnes verschiebt die Lösung dieser Probleme auf später und schlägt, um zu einer Entscheidung zu kommen, einen Kompromiss vor, wie sie im Kongress zwischen Mehrheit und Minderheit geschlossen werden:

1. Die westlichen Mächte werden unter Vorbehalt eines Friedensvertrages die Übergabe der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen nicht mehr anfechten. Sie werden die Anerkennung der Regierungen auf dem Balkan in Betracht ziehen, sofern diese einige Gesten des guten Willens zeigen.
2. Die Sowjetunion wird auf eine festgelegte Summe an Reparationen verzichten. Diese werden in allen Besatzungszonen in Deutschland von der jeweiligen Besatzungsmacht in natura erhoben.

Ein schlechter Kompromiss

Ein schlechter Kompromiss, denn er läuft auf die Teilung Deutschlands hinaus (auch wenn diese rückblickend schwer zu vermeiden war) und bringt den westlichen Mächten in den osteuropäischen Ländern nicht die geringste Gegenleistung. Immerhin ist es ein Kompromiss, der am 1. August angenommen wird und somit die Konferenz zu einem Ende führt.

Wer hat nun gewonnen? Stalin sichert seinen Machtanspruch in Mittel- und Osteuropa. Hätte man ihn anders vertreiben können als mit Gewalt, die man nicht anwenden konnte? Die Westmächte haben den Forderungen der Sowjets bezüglich der Türkei, der Meerengen, Tripolitaniens sowie der Kontrolle über das

Ruhrgebiet nicht nachgegeben. Im Großen und Ganzen liegt der Vorteil bei der UdSSR, die die anderen Mächte vor eine ganze Reihe von „vollendeten Tatsachen“ stellte, die diese ihrerseits akzeptierten. Ist dieser Vorteil jedoch von Dauer?

Als Stalin im August 1945 das Recht einfordert, einen Teil Japans zu besetzen, widersetzt sich Harriman, der keine besonderen Anweisungen aus Washington hat, sich aber an Potsdam erinnert, dem sofort. Dies ist der erste Ausdruck der *Containment*-Politik, die 1946-47 verkündet wurde, sich in den Potsdamer Ereignissen aber bereits verbarg wie „ein Sturm in der Wolke“.

Es ist nicht bekannt, wie man in Moskau über diese Abkommen dachte. Wie man in dem offiziellen Werk *Histoire de la politique extérieure de l'URSS* nachlesen kann, träumten die Westmächte in Potsdam weiterhin ihren Traum von der Aufteilung Deutschlands. Die UdSSR hatte ihnen mit Entschiedenheit den Weg dazu versperrt. Was die Länder Osteuropas angeht, so dachten sie nur daran, der Sowjetunion die Schuld in die Schuhe zu schieben. Man kann aus diesen Beurteilungen die Schlussfolgerung ziehen, dass der Sowjetunion in Potsdam Genugtuung verschafft wurde, insbesondere in Bezug auf Deutschland. Nach Potsdam ist es nicht abwegig, sich ein Deutschland vorzustellen, in dem nach einem Friedensvertrag, d.h. nach dem Rückzug der Besatzungstruppen, die Sowjetunion einen überwiegenden Einfluss ausüben würde, aufgrund der geographischen Nähe, der Reparationen und der verschiedenen politischen und administrativen Organisationen, die in der sowjetischen Zone ab dem Sommer 1945 gegründet worden sind.

Damit solch eine Politik hätte umgesetzt werden können, hätten die westlichen Staatschefs sehr kurzsichtig sein müssen. Aber die Verhandlungen in Potsdam haben durch ihren Stil und die Vorhaben durch ihre Tragweite Misstrauen hervorgerufen. Für viele Teilnehmer an der Konferenz hat sich die Vorstellung von einer langfristigen Einigung zwischen den Siegermächten in Rauch aufgelöst. Infolgedessen nahm, vorangetrieben durch Churchill, zumindest in den Führungsschichten die Idee eines Wiedererwachens Europas Gestalt an, möglichst unter Einbeziehung Deutschlands. Kriegsminister Henry Stimson stellt diese Ideen in einer Abhandlung dar, die er Präsident Truman am 24. Juli in Potsdam übergibt.

Größe und Misere

In Frankreich verfolgt man natürlich andere Ideen. Das französische Friedensprogramm von 1945 sieht ein von Deutschland unabhängiges Rheinland und Ruhrgebiet vor. Diese Pläne fanden weder die Zustimmung der West- noch der Ostmächte. Ganz ohne es zu wollen, wird Frankreich jedoch zum Wendepunkt in Europa beitragen, der sich 1947-48 herausbildet. Durch das Veto Frankreichs im Herbst 1945 gegen die Schaffung zentraler Verwaltungsbehörden in Deutschland trägt die französische Regierung dazu bei, die zukünftige Integration Westdeutschlands in ein europäisches System zu erleichtern. Seltsame Umwege und wenigstens einmal ein glückliches Ergebnis!

Denn die eigentliche Lektion aus Potsdam ist die, dass es gegenüber einem System wie dem der Sowjetunion nicht ausreicht, schlicht und einfach die „nationalen Interessen“ im engeren Sinne zu betonen. Die Interessen müssen sich in eine langfristige Perspektive einfügen, in diesem Fall in die europäische Perspektive.

So geht aus der „Misere“ Potsdams zwar keine „Größe“, doch zumindest ein umfangreiches, langfristiges politisches Programm hervor, das von Europäern und Amerikanern gemeinsam getragen und lange von Bedeutung sein wird, bis andere Lösungen auftauchen, die sich noch nicht abzeichnen.

In Potsdam hat Stalin in einem Moment der Gelöstheit (oder der Zerstreung) einige Worte gesagt, denen man Beachtung schenken sollte: „*Jede frei gewählte Regierung wird antisowjetisch sein, und das können wir uns nicht erlauben.*“ Das ist der Ausgangspunkt.

„*Zu unserer Zeit, sollte Raymond Aron 1983 schreiben, ist das Überleben der freien Institutionen der Weltgeschichte die Herausforderung.*“ Das ist das Ziel.

Jean Laloy